

18. Februar 2022

Nr.024/2022

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz / Pressekonferenz der GEW

Jenny Groß / Christian Baldauf: Rheinland-Pfalz braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

In ihrer heutigen Pressekonferenz hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz die Personalsituation an Schulen sowie die zunehmende Arbeitsbelastung von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern beklagt.

Bitte beachten Sie dazu die folgenden Zitate der Obfrau der CDU-Landtagsfraktion im Bildungsausschuss, Jenny Groß, und des Fraktionsvorsitzenden, Christian Baldauf.

Jenny Groß: „Die Grundlage für Bildungserfolg ist und bleibt konsequenter Schulunterricht – doch der fällt in Rheinland-Pfalz viel zu häufig aus. Darüber beklagen sich Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern gleichermaßen. Die GEW liefert den Grund für den Unterrichtsausfall: In Rheinland-Pfalz zieht sich ein massiver Personalmangel durch alle Schulformen. Seit Jahren weisen wir und auch weitere Verbände sowie die Schulen darauf hin, dass unsere Schulen im Land dringend mehr ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer brauchen, damit unsere Kinder einen qualitativ hochwertigen Unterricht bekommen.“ Da es zu wenige Lehrkräfte gibt, schließt sich Groß den Ausführungen in der heutigen GEW-Pressekonferenz an, wonach Schulleitungen bei Verwaltungsaufgaben dringend entlastet werden müssen, damit sich Lehrerinnen und Lehrer stärker um die pädagogische Arbeit kümmern können und nicht permanent mit der Bearbeitung von Anträgen oder Dokumentationen befasst sind.

Christian Baldauf: „Die GEW-Kritik muss ein erneuter Weckruf für die Landesregierung – allen voran für Bildungsministerin Hubig – sein, endlich zusätzliche Planstellen sowie erweiterte Ausbildungskapazitäten in den Studienseminaren zu schaffen. Ziel muss die ‚Unterrichtsversorgung von 105 Prozent‘ an allen Schularten sein. Die Landesregierung spielt mit den Bildungschancen unserer Kinder. Es ist nicht akzeptabel, dass immer noch gut ein Drittel der Kinder die Grundschule ohne elementare Grundkenntnisse beim Lesen, Schreiben und Rechnen verlässt.“